



# Polizei Baden-Württemberg quo vadis??

**Die Polizei Baden-Württemberg verändert sich, wohin werden die Weichen gestellt, wie ist die Gewerkschaft der Polizei positioniert?**

Der stellvertretende Landesvorsitzende Carsten Beck stellt klar und fordert von der Landesregierung einiges ein:

## Umsetzung Abschlussbericht EVA-Pol

- Schlüssiges und nachhaltiges Personalkonzept
- Sozialverträgliches Interessensbekundungsverfahren bei Zuschnittsänderungen
- Einhaltung der Leitungsquoten sofort
- Darstellung Kosten/Nutzen bei Zuschnittsänderungen
- 3500 Neueinstellungen im Vollzugsdienst jährlich bis auf Weiteres
- Schaffung des Berufsbildes Polizeifachangestellte/Polizeifachangestellter E 8/E 9
- Erweiterung der Ausbildungsstandorte
- Drastischer Bürokratieabbau
- Innovationskonzept (Forschung/ Einbindung neuer Technologien)

## Attraktivität des Polizeiberufes steigern durch

- Verkürzung der Wochenarbeitszeit
- Erhöhung der Erschwerniszulagen
- Faktorisierung der Nachtarbeitsstunden
- Amtsangemessene Besoldung
- Klare Karrierepläne
- Wertschätzender Umgang mit den Polizeibesetzten

Aufgrund mehrfacher Ansprachen durch Kolleginnen und Kollegen sehe ich mich gezwungen, die Sachlage in Bezug auf die Position der GdP Landesbezirke klarzustellen.

Weder verteidigt die GdP Baden-Württemberg die „Polizei-Strukturreform“, noch lehnen wir die Ergebnisse der Evaluation EVA-Pol in Gänze ab. Uns geht es in der laufenden Diskussion um die nach derzeitigem Stand **BESTE LÖSUNG**. Deswegen

lohnt sich hier eine differenzierte Betrachtung.

Die beste Lösung ist in dem veröffentlichten Teil der Evaluation noch nicht scharf zu erkennen.

Vor drei Jahren wurde die Polizei in Baden-Württemberg völlig neu strukturiert, durch die Schaffung landesweit vergleichbarer Polizeipräsidien.

Die Polizei-Strukturreform hatte zum Ziel, mehr Personal an die Basisdienststellen zu bekommen und die Polizei insgesamt leistungsfähiger zu machen. Das Ziel, mehr Personal an die Basis zu bekommen, wurde weit verfehlt.

Die Strukturreform hatte teils inhaltliche Fehler! Fehler, welche erst im laufenden Betrieb auftauchten und offenkundige Fehler, welche gleich bei der Umsetzung aufschlugen. Um die erkannten Fehler zu bereinigen, wurde völlig richtig eine Evaluation angegangen.

Leider wurden hier nach unseren Feststellungen die angekündigten Zusagen wie ergebnisoffen, ohne Vorgaben nicht so eingehalten wie versprochen. Die in den Wahlversprechen gemachten Aussagen, z. B. PP Pforzheim, PP Konstanz, PP Waiblingen/Esslingen, waren seltsamerweise 1:1 im Ergebnispapier zu lesen.

Auch wurden weder der Hauptpersonalrat, noch die GdP bedeutsam eingebunden. Im Ergebnisbericht steht, dass diese eingebunden wurden. Das ist so nicht richtig!

Den Gewerkschaften und dem HPR wurden Zwischenergebnisse und der Abschlussbericht vorgestellt. Einbindung bedeutet an sich Beteiligung und Mitsprache. Das wurde offenkundig und nachweislich nicht eingehalten.

Die Gewerkschaft der Polizei ist in allen Punkten gesprächsbereit. Da wo es wirklich Sinn macht und einen Mehrwert für die Polizeibesetzten darstellt, stimmen wir zu. Beispielsweise sei genannt, dass die Leitungsquoten nicht überschritten werden sollen, hier sind wir definitiv einig. Wie die Organisationsmodelle zur



Umsetzung kommen sollen, muss sachlich diskutiert werden.

Wenn dem Personal ein Ortswechsel zugemutet werden muss, ist es aus unserer Sicht unabdingbar eine sozialverträgliche Umsetzung einzufordern. Ebenso ein umsichtig durchgeführtes Interessensbekundungsverfahren. Dies braucht Zeit und geht nicht von heute auf morgen.

Das Angebot der GdP zur Gesprächsbereitschaft gilt in vollem Umfang und ganzheitlich. Ganzheitlich muss auch die aktuelle Problemlage unseres völlig überalterten und dünnen Personalkörpers diskutiert werden. Allein Einstellungsversprechen helfen hier nicht weiter.

Im Abschlussbericht EVA-Pol wird eingangs bei der Zusammenfassung bereits darauf hingewiesen und zur Bekräftigung nochmals als Schlusspräambel gesetzt, dass die Polizei Baden-Württemberg einen „relevanten“ Personalzuwachs dringend benötigt, um überhaupt die zukünftigen Aufgaben bewältigen zu können. Auch ist nicht zu verhehlen, dass diese Forderung wieder einmal unter „haushaltsrechtlichen Vorbehalt“ gestellt wurde.

Auf fast jeder Seite wird der desolate Personalkörper erwähnt. Das ist nach Meinung der Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg auch DIE zentrale Aussage.

Die Politik hat daraufhin mit allerlei Tricks versucht, diesen Personalschwund durch Altersabgänge zu kompensieren.

Die Trickkiste: Verlängerung der Wochenarbeitszeit, freiwilliges Hin-

Fortsetzung auf Seite 2



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de) zu erreichen. Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal BW, veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr die Landesredaktion unter der Telefonnr. **01 77/4 84 56 87**.

Der Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe 2017 des Landesjournals Baden-Württemberg ist am Freitag, 2. Juni 2017. Für die August-Ausgabe 2017 ist er am Freitag, 30. Juni 2017.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Word-Texten ohne Fotos. Diese bitte separat versenden. Vielen Dank!

**Verena Keppler**

DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe



Baden-Württemberg

**GdP-Geschäftsstelle:**

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen  
Telefon (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [info@gdp-bw.de](mailto:info@gdp-bw.de)  
Internet: [www.gdp-bw.de](http://www.gdp-bw.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Service GmbH BW:**

Telefon: (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [Info@gdp-service.com](mailto:Info@gdp-service.com)

**Redaktion:**

Verena Keppler (V.i.S.d.R.)  
Maybachstraße 2  
71735 Eberdingen  
Tel.: (01 77) 4 84 56 87  
E-Mail: [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39  
vom 1. Januar 2017

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

Fortsetzung von Seite 1

ausschieben des Ruhestandes, Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Dieselben Tricks nochmals zu bemühen liegt nahe, nur nicht mit uns!

Die Politik hat damit auch erreicht, dass sich das Frustrationslevel innerhalb der Kollegenschaft auf einem historischen Stand befindet. Überstunden durch Sonderdienste, Ausheften in andern Schichten, Sondereinsätze zur Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität, Fußballspiele oder G20-Gipfel ohne Anrechnung der Bereitschaftszeiten und die nicht mehr wegdiskutierende Arbeitsüberlastung.

Um dem Personaldefizit vorausschauend und mit Nachhaltigkeit zu begegnen, sind andere Maßnahmen notwendig, als die Hälfte der Polizei in Baden-Württemberg neu zu ordnen. Denn am Ende ist das Personal so endlich wie zuvor.

Im Abschlussbericht Eva-Pol steht auf Seite 41 ganz deutlich, das Personal im Nichtvollzugsbereich aufgrund unzureichender Stellenwertigkeit nicht gewonnen werden konnte. Das gilt im besonderen Maße auch für den zu generierenden Nachwuchs im Vollzugsbereich.

Das zieht sich durch, wie ein roter Faden, wenn man die Personalgewinnung der letzten Jahre betrachtet.

Es ist uns durchaus bewusst, dass sich qualifizierter Nachwuchs nicht so einfach von heute auf morgen generieren lässt. Dennoch muss man gerade jetzt die Weichen für die Zukunft stellen. Die Polizei Baden-Württemberg kann es sich unter keinen Umständen leisten, hinter der freien Wirtschaft zurückzustehen.

Die Bürgerinnen und Bürger des Landes haben einen Anspruch darauf, dass das heikle Thema innere Sicherheit auch wirklich mit den besten Köpfen besetzt wird.

Selbst der Haushaltsvorbehalt zieht an dieser Stelle nicht mehr, denn die Polizei in Baden-Württemberg muss künftig deutlich besser aufgestellt werden, das kann und muss sich das Land gerade jetzt leisten!

Um qualifizierten und motivierten Nachwuchs zu gewinnen, muss der Polizeiberuf deutlich attraktiver gestaltet werden. Das beginnt bereits beim Gehalt. Seit Jahren hängen wir mit den Ergebnissen unserer Tarifverhandlungen der freien Wirtschaft hinterher. Die Schere wird immer größer.

Wenn dann die aktuell erzielten Ergebnisse durch die Politik als deutlicher Lohnzuwachs bezeichnet wird, obwohl wir bis zu zehn Monate auf eine Gehaltserhöhung verzichten müssen, ist das mehr als kontraproduktiv.

Wir brauchen eine amtsangemessene Besoldung, welche im gehobenen Dienst zuzurechnen sind, klare Perspektiven, klare Karrierepläne. Höchst- und Mindestwartezeiten für Beförderungssämter, denn jedem soll klar sein, wann er befördert werden kann.

Konkurrenten-Klagen würden deutlich weniger und die unsinnige und vor allem die beabsichtigte personalentwicklungsfreudliche Dienstpostenbewertung wäre vom Tisch. Spezialisten können in ihrem Spezialgebiet bleiben und ihre wertvolle Arbeit dort leisten wo sie gebraucht wird (Sachbearbeiter-Karriere).

Wir brauchen generell eine verringerte Wochenarbeitszeit analog der freien Wirtschaft. Weiter dem Schichtdienst sklavisch die gleiche Wochenarbeitszeit abzuverlangen ist in Anbetracht der erschwerten Bedingungen unzumutbar.

Hier müssen die schweren Stunden in der Nachtschicht, zumindest in der Zeit von 0 Uhr bis 6 Uhr, mit dem Faktor 1,5 angerechnet werden.

Die Erschwerniszulagen müssen unbedingt auf Wirtschaftsniveau angeglichen werden! Wer zu sozialwerten Zeiten arbeiten muss, soll das auch angemessen entlohnt bekommen.

Zur Entlastung des Vollzugsdienstes muss im Nichtvollzug nachgebessert werden und das Berufsbild Polizeifachangestellte/Polizeifachangestellter eingeführt werden. Diese Maßnahme würde bereits sehr schnell positive Auswirkungen auf den operativen Bereich mit sich bringen.

Ausbildungsstandorte müssen erweitert werden! Es muss generell ein auf Dauer angelegtes Personalkonzept erarbeitet werden. Wir brauchen deutlich mehr Stellen als bisher eingeplant. Seriösen Berechnungen nach, brauchen wir auf Jahre hinweg Einstellungszahlen von 3500 Vollzugsbeamten.

Der technische Fortschritt hat immer noch eine hohe Taktung. Immer mehr hinkt die Polizei diesem hinterher. Wir arbeiten teilweise noch wie vor 25 Jahren. Zum Beispiel: Ein Sachverhalt wird vor Ort handschriftlich auf einem Blatt Papier aufgenommen, Formulare handschriftlich



**LEITARTIKEL**

ausgefüllt, Lichtbilder gefertigt, Vernehmungen handschriftlich durchgeführt.

Ziel sollte eine Einmalerfassung vor Ort sein, mittels Handy oder Tablet oder einer Mischform dessen (Scannen von Dokumenten/maschinenlesbare Ausweise mittels Kamera/Unterschriften auf dem Touchscreen). Nach Eintreffen auf der Dienststelle sollte nur noch eine Koppelung mit dem Netzwerk stattfinden.

Dies liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre eine „echte“ und nachhal-

tige Reform der Polizei, welche unser dringlichstes Problem beseitigt. Die Zeit dafür ist momentan sehr günstig. Wir haben in BW nahezu Vollbeschäftigung, die Wirtschaft floriert und die Steuereinnahmen sprudeln.

Dies sind ideale Voraussetzungen für die Landesregierung, ihre daraus ergebenden Spielräume zu nutzen, um die Polizei auf Jahrzehnte hinaus bestens aufzustellen.

Man muss dies aber in letzter Konsequenz politisch wollen. Das bedingt über Fraktionsgrenzen hinaus zu

denken, strategisch und mit hohem Sachverstand die haushaltsrechtlichen und rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Alles andere ist Stückwerk auf dem bestehenden Flickenteppich und dient nur dazu, die Legislaturperiode zu überstehen. Die Reform von der Evaluation lässt dann nicht auf sich warten ...

Das ist es, wofür die Gewerkschaft der Polizei steht und wofür wir mit Vehemenz eintreten werden!

**Carsten Beck**

**INTERVIEW****Evaluationsergebnis Polizeistrukturreform**

**Sascha Binder, stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD**



**Hans-Jürgen Kirstein, Landesvorsitzender der GdP Baden-Württemberg**

**Interview mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Sascha Binder, und unserem Landesvorsitzenden Hans-Jürgen Kirstein zum Evaluationsergebnis Polizeistrukturreform.**

Die Fraktionen von Grünen und CDU haben im Koalitionsvertrag eine zeitnahe Evaluierung der Polizeistrukturreform vereinbart, die unter dem SPD-Innenminister Reinhold Gall umgesetzt wurde. Im September 2016 hat Innenminister Strobl eine Projektgruppe zur Evaluation eingesetzt. Das Projekt EVA-Pol untersuchte die Polizeistrukturreform aus 2014. Der Lenkungsausschuss übergab am 28. März

2017 seinen Abschlussbericht an den Innenminister. Dieser kündigte eine Entscheidung bis Sommer 2017 an.

**Frage 1: Wie steht die SPD bzw. die GdP zur durchgeführten Evaluierung der Polizeistrukturreform?**

**Binder:** Wir finden es grundsätzlich gut, dass große Reformen wie die der Polizeistrukturreform einer Evaluation unterzogen werden. Das hilft dabei, die Umsetzung zu bewerten, positive Entwicklungen festzustellen und selbstverständlich bei Bedarf auch Korrekturen vorzunehmen. Allerdings kommt die Evaluation aus Sicht der SPD zu früh, denn die Reform hat noch nicht ihre volle Wirkung entfaltet.

**Kirstein:** Aus Sicht der GdP kam diese Evaluation zu früh. Die sozialverträgliche Umsetzung, welche wir im Hauptpersonalrat durchgesetzt hatten, hat dazu geführt, dass bis heute noch nicht alle Stellen so besetzt sind, wie es angedacht war. Der Bericht hat dennoch auch Felder aufgezeigt, welche noch einen Nachbesonderungsbedarf haben.

**Frage 2: Der Abschlussbericht des Lenkungsausschusses kommt zu dem Ergebnis, den bestehenden Zuschnitt der Präsidien zu verändern und zwei zusätzliche Präsidien zu schaffen. Ist das eine gute Empfehlung?**

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

**Binder:** Der Abschlussbericht stellt der Reform ausdrücklich eine gute Bewertung aus. Deshalb sind wir davon überrascht, dass der Lenkungsausschuss in seinem Abschlussbericht nicht konkret begründet, warum angesichts der positiven Entwicklungen Veränderungen in der Anzahl der Präsidien und bei den Zuschnitten erforderlich sind. Wir vermissen Aussagen im Detail dazu, warum hier Änderungen vorgenommen werden sollen. Uns fehlt eine Aufzählung von Punkten, die aufgrund der jetzigen Präsidiums Zuschnitte schlecht gelaufen sind und eine Erklärung, warum es mit mehr Präsidien und veränderten Zuschnitten besserlaufen soll. Es ist auch unklar, wie sich die vorgeschlagenen Zuschnittsveränderungen auf Polizeipräsidien auswirken, die sich in ihrem Zuschnitt ausdrücklich bewährt haben. Im Ergebnis bringt dieser Vorschlag Unruhe in die Polizei und die Umsetzung der Empfehlung würde die Polizei in die Zeit vor die Polizeistrukturreform zurückwerfen.

**Kirstein:** Ob es sich hierbei um eine gute Empfehlung handelt, wird von unseren Mitgliedern unterschiedlich aufgenommen. Die Rückmeldungen sind sehr unterschiedlich und hängen deutlich mit der eigenen Betroffenheit zusammen. Als GdP erkennen wir keinen wirklichen Mehrwert bzw. eine Personalverstärkung durch die vorgeschlagenen Präsidienveränderungen, für die sog. Basisarbeit, sprich den unterbesetzten Bereichen. Durch die genannten Veränderungen wird es aus unserer Sicht wiederum eine Basisschwächung im Streifenendienst geben, weil bei zusätzlichen Präsidien auch zusätzliches Personal benötigt wird, welches wir derzeit in der entsprechenden Anzahl nicht zur Verfügung haben.

**Frage 3: Wie bewerten Sie die weiteren Ergebnisse im Abschlussbericht des Lenkungsausschusses?**

**Binder:** Die Evaluierung bestätigt, dass die Polizeireform richtig war, zu entscheidenden Verbesserungen beigetragen und die Polizeiarbeit zukunfts-fähig gemacht hat. Dies beinhaltet die von Reinhold Gall eingeführten Strukturen wie den Kriminaldauerdienst, das Präsidium Einsatz, die zentrale Einsatzführung sowie die Bündelung von Aus- und Fortbildung

unter einem Dach. Die Neuaufstellung des Staatsschutzes ist ein wichtiger Grundpfeiler im Kampf gegen den Terror. Ich finde es gut, dass der Lenkungsausschuss der Landesregierung empfiehlt, an diesen bewährten Strukturen festzuhalten. Bei dem Vorschlag, die Verkehrsunfallaufnahme neu zu strukturieren, sehen wir noch Beratungsbedarf. Im Abschlussbericht ist zwar zu lesen, dass „Aufwand und Nutzen für eine spezialisierte Verkehrsaufnahme außerhalb von Großstädten nicht in einer positiven Relation steht“, aber anhand welcher Daten der Lenkungsausschuss zu diesem Ergebnis kommt, bleibt offen. Wir vermissen den Vergleich von Fallzahlen und Anfahrtszeiten zwischen Polizeipräsidien in Großstädten und in der Fläche.

**Kirstein:** Dem Bericht zufolge sind zum größten Teil die eingeleiteten Schritte wohl die richtigen gewesen. Das bestätigt, wie bereits erwähnt, dass der Zeitpunkt der Evaluation zu früh ist. An den Stellen, wo es bekanntermaßen Veränderungs- bzw. Verbesserungsbedarf gibt, kann dies auch in der bestehenden Struktur eingebracht werden. Im Kern wurde die Einrichtung des Kriminaldauerdienstes positiv bewertet und scheint unstrittig zu sein. Als GdP haben wir bei der Diskussion um die Verkehrsunfallaufnahme verschiedentlich gehört und berichtet bekommen, dass diese Verkehrsunfallaufnahme besser funktioniert, als es wohl im Bericht dargestellt wurde. Es gab Hinweise darauf, dass bestimmte Unterlagen und Modelle an EVA-Pol geliefert wurden, welche trotz positiven Feedbacks aus Staatsanwaltschaft, Feuerwehr, Straßenverkehrs- und Straßenbaubehörden, Polizeirevier und betroffenen Bürgern keine Berücksichtigung gefunden haben. Insbesondere wurde mir berichtet, dass Verbesserung zu erreichen wären, wenn den Polizeipräsidien der Spielraum eingeräumt würde, den sie brauchen, um den Gegebenheiten vor Ort angepasste Lösungen zu finden. Das würde auch in der derzeitigen Struktur für Verbesserungen in den Problemfeldern sorgen.

**Frage 4: Welche Forderungen stellen die SPD und die GdP an die Landesregierung?**

**Binder:** Der Abschlussbericht geht davon aus, dass rund 800 Stellen zu verlagern wären. Wir fordern deshalb

ein Interessensbekundungsverfahren für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei. Außerdem fordern wir, dass neue Präsidien nicht zulasten der Reviere gehen dürfen. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass mit mindestens 120 zusätzlichen Polizeivollzugsstellen für die Ausstattung der zwei neu zu schaffenden Polizeipräsidien gerechnet werden muss. Gleichzeitig geht der Bericht selbst davon aus, dass die Gesamtstärke der Polizei sich bis zum Jahr 2019 verringern wird. Das Versprechen von Innenminister Strobl, in Zukunft noch mehr Stellen zu schaffen, hilft an dieser Stelle nicht weiter. Wenn heute zwei neue Präsidien entstehen sollen, ist das zusätzliche Personal sofort erforderlich. Das Personal kann deshalb nur aus den Revieren abgezogen werden. Das lehnen wir ausdrücklich ab.

**Kirstein:** Als GdP fordern wir die Landesregierung auf, zügig eine Entscheidung zu treffen, damit die derzeitige Unruhe und Spekulationen abgestellt werden. Zum Teil wissen manche Kolleginnen und Kollegen nicht mehr, ob sie sich derzeit in mutmaßlich betroffene Präsidien bewerben sollen, wenn evtl. die Stelle gleich wieder durch die neue Veränderung gefallen könnte. Weiter erwarten wir als GdP ein umfängliches Interessensbekundungsverfahren für alle (wie beim letzten Mal), damit allen Betroffenen oder aus der Vergangenheit negativ Betroffenen die Möglichkeit besteht, sich zu verändern. Hier warte ich auch, dass der Hauptpersonalrat sich hierfür im Interesse der Kollegen starkmachen wird. Wir als GdP werden es auf jeden Fall tun.

**Frage 5: Auf welche Fragen ist die Landesregierung noch eine Antwort schuldig?**

**Binder:** Es ist zu klären, ob die Landesregierung Polizeipräsidien der zwei Geschwindigkeiten zulassen will. Bei der Umsetzung des 14er-Modells sind sechs Präsidien von Veränderungen betroffen. Diese fangen dann wieder bei null an. Die unveränderten Präsidien arbeiten in ihren bewährten Strukturen weiter und haben schon dadurch einen Arbeitsvorteil. Außerdem stellt sich die Frage nach der Finanzierung. Nach den Vorgaben des Finanzministeriums soll das Innenministerium 74 Millionen einsparen, zugleich würden bei der Umsetzung der Empfehlungen bislang nicht vorgesehene Zusatzkosten von



## INTERVIEW

mindestens 30 Millionen anfallen, dies ergibt eine Einsparsumme von rund 100 Millionen Euro, die das Innenministerium erbringen muss. Auf der anderen Seite werden auch finanzielle Mittel für technische Investitionen wie etwa neue Geräte für eine erweiterte DNA-Analyse oder neue Systeme für die Durchführung von Quellen-Telekommunikationsüberwachung benötigt. Diese sind erforderlich, um technisch in der Lage zu sein, die geplanten Gesetzesveränderungen von Herrn Strobl umzusetzen. Der Innenminister muss sich deshalb die Frage gefallen lassen, wie er eine

Einsparauflage von 74 Millionen, Kosten für zwei weitere Präsidien und Investitionen wie beispielsweise in die technische Ausstattung unter einen Hut bekommt. Dahinter steckt auch die Frage, ob er es sich leisten kann, so viel Geld in die Schaffung von augenscheinlich rein politisch motivierten zusätzlichen Präsidien zu stecken.

**Kirstein:** Aus Sicht der GdP ist nicht geklärt, wie das finanziert werden soll? Müssen jetzt andere Einsparungen treffen, damit die neu gedachte Struktur umgesetzt werden kann? Oder sind wir schon in Vorleis-

tung gegangen, indem die Besoldung nicht zeitgleich mit dem Tarifergebnis übernommen wurde? Wie sieht es mit der Gestellung von Ausrüstung und Arbeitsmitteln (z. B. Fahrzeuge, Körperschutzausstattungen, PC-Ausstattungen usw.) aus? Welche Auswirkungen hat die kleinteiligere Struktur auf die Dienstpostenbewertung und somit auf die Besoldungsstruktur? Wie soll die Zeitschiene der Umsetzung aussehen? Gibt es für bestimmte Bereiche wieder sozialverträgliche Lösungen wie beim letzten Umsetzen auch?

## ERHÖHUNG DER ERSCHWERNISZULAGE

## Petition eingereicht

Anfang April hat mir der Vorsitzender des Petitionsausschusses mitgeteilt, dass die über 13 000 Unterschriften, welche die Petition unterstützten, beim Landtag von Baden-Württemberg eingegangen sind.

**Petitions-Forderung:**

In meiner Funktion als Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mannheim, habe ich eine angemessene Erhöhung der Erschweriszulagen z. B. für den Lageorientierten Dienst (LOD) gefordert. Die Erhöhung der Zulagen von Polizisten bei Dienst zur Nachtzeit, an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen, soll mindestens auf 5 Euro je Stunde erhöht werden.

**Begründung:**

Die derzeitige Vergütung für Nacht-, Sonn- oder Feiertagsdienststunden ist nicht zufriedenstellend und entspricht nicht dem, was notwendig und erforderlich wäre, um diese Dienste auch nur angemessen zu entlohnen.

So werden an Sonn- und Feiertagen lediglich 2,91 Euro/Stunde und an anderen Nachtdiensten nur 1,28 Euro/Stunde als Erschweriszulage gewährt. Die Aufgaben und die Belastungen unserer Polizeibeschäftigten, die zu solchen Zeiten und oft unter erschwerten Bedingungen arbeiten müssen, rechtfertigen nicht nur, sondern erfordern geradezu eine bessere Entlohnung! Wenn sich die Landesregierung bei ihrer Einstel-

lungsoffensive um mehr Polizisten bemühen will, dann müssen auch außergewöhnliche Belastungen entsprechend bezahlt werden.

Leider ist es so, dass gerade Polizisten im operativen Dienst (Streifen dienst, Einsatzeinheiten etc.) immer mehr als „Prellbock“ von allen Seiten und jederzeit erhalten müssen. Deshalb ist es schon lange an der Zeit, die Vergütung von LOD (Lageorientierter Dienst) deutlich auf mindestens 5 Euro zu erhöhen. Das hat auch etwas mit Wertschätzung zu tun und die vermissen viele Polizisten.

Wie geht es nun weiter?

Der Petitionsausschuss holt sich zunächst vom zuständigen Ministerium eine Stellungnahme zu dieser Forderung. Nach Abschluss der Ermittlung-

gen wird der Petitionsausschuss beraten und der Vollversammlung des Landtags einen Bericht und eine Beschlussempfehlung zur Entscheidung vorlegen.

Zur Vorbereitung der Beschlüsse kann der Petitionsausschuss von den im Gesetz über Petitionsausschuss des Landtags und der Geschäftsordnung vorgesehenen Rechten Gebrauch machen (z. B. Akten anfordern, Regierungsvertreter anhören).

Der Vorsitzende des Petitionsausschusses wird mich dann persönlich über die Erledigung der Petition unterrichten. Soweit die Formalien. Ich darf mich auch bei allen bedanken, welche die Petition unterstützt haben. Über das Ergebnis werde ich zeitnah berichten.

**Thomas Mohr**



## 6. Ewald-Schöffler-Skat-Turnier

**Auch in diesem Jahr veranstaltete die GdP-BG PTLs Pol am 4. Mai 2017 das nach dem leider allzu früh verstorbenen ehemaligen Vorstandsmitglied der GdP-KG LPD Stuttgart benannte „6. Ewald-Schöffler-Skat-Turnier“.**

Nach Begrüßung durch den stellv. BG-Vorsitzenden Uli Decker und der Bekanntgabe der Regularien durch unseren „Skatpapst“ Michael Korte, wurde die erste Runde für die 16 hochmotivierten Skatfreunde ausgelost. Leider war in diesem Jahr keine Frau

am Start. Nach der kurzfristigen Absage zweier Skatfreunde wurde an vier 4er-Tischen gespielt. Da der Titelverteidiger, Karl Leiser, urlaubsbedingt fehlte, war es klar, dass es einen neuen Champion geben würde. Bei Halbzeit lagen dann völlig überraschend der krasse Außenseiter Uli Decker und der Turniernovize Florian Hoene in Front, doch so lange noch gesungen wird, ist die Kirche nicht aus!

Zur zweiten Runde wurden die Plätze erneut neu ausgelost und alle Teilnehmer waren wieder heiß auf Stiche und Punkte, um die Rangliste nochmals zu drehen.

Doch die beiden Führenden ließen sich die „Butter nicht mehr vom Brot nehmen“ und so siegte der ÖPR-Vorsitzende Uli Decker sensationell mit 1403 Punkten vor Florian Hoene mit 1381 Punkten und Siggi Strohäcker vom RTS Stuttgart, der seinen dritten Platz vom Vorjahr mit 1222 Punkten verteidigen konnte.

Sämtliche Teilnehmer erhielten wieder einen Sachpreis, keiner ging leer aus und alle waren sich einig, dass das „7. Ewald-Schöffler-Skat-Turnier“ im kommenden Jahr unbedingt wieder stattfinden muss.



## 10. Polizei-Golf-Cup Baden-Württemberg

Am Freitag, 29. September, und Samstag, 30. September 2017, wird auf der Anlage des Europapark Golfclub Breisgau in Herbolzheim-Tuschfelden der mittlerweile 10. Polizei-Golf-Cup Baden-Württemberg ausgetragen. Eine Einspielrunde ist bereits am Donnerstag, 28. September 2017 (nachmittags), möglich.

Teilnahmeberechtigt sind alle aktiven und ehemaligen Polizeibediensteten und deren Partnerinnen bzw. Partner sowie geladene Gäste, die einem DGV-Mitgliedsclub angehören. Die höchste Stammvorgabe für Damen und Herren beträgt Handycap – 54. Meldeschluss ist am Freitag, 8. September 2017.

Das Turnier findet im außerdienstlichen Rahmen statt.

Für Fragen und Auskünfte stehen zur Verfügung:

E-Mail: KurtDowideit@t-online.de und dh-golfer@web.de  
Telefon: Kurt Dowideit 0 78 25/51 38 oder 01 71/2 93 20 15,  
Dietmar Haack 01 70/5 27 06 87.

## PERSONALMITTEILUNGEN

### Die GdP gratuliert herzlich

#### ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR:

**Leitenden Polizeidirektor**

LKA: Rainer Hauser.

**Polizeihauptkommissar A 12**

PP Einsatz: Stephan Maßnick.

**Polizeihauptkommissar**

PP Aalen: Peter Koller.

**Kriminalhauptkommissar**

PP Offenburg: Freddy Löffler.

**Polizeikommissar/-in**

PP Aalen: Marlene Michalski, Lisa Weckerle.

PP Ulm: Dagmar Roth, Petra Baumeister.

**Polizeihauptmeisterin**

PP Einsatz: Denise Radloff.

#### ES TRATEN IN DEN RUHESTAND:

PP Konstanz: Dietmar Schneider.

PP Offenburg: Rolf Ziegler.

PP Reutlingen: Gottfried Gulde.

**Wir wünschen im Ruhestand alles Gute!**

*(zusammengestellt von A. Burckhardt)*



**AUS DEN BEZIRKSGRUPPEN**

# Jahreshauptversammlung der GdP-Bezirksgruppe Stuttgart

Die GdP-Bezirksgruppe des Polizeipräsidiums Stuttgart lädt am Dienstag, den 27. Juni 2017, um 13.30 Uhr ihre Mitglieder zur diesjährigen Jahreshauptversammlung 2017 ein.

Die Versammlung findet auch dieses Jahr wieder im Großen Saal des

Restaurants „Haus am See“, Mühlhäuser Straße 311, Stuttgart-Mühlhausen, statt.

Herr Polizeipräsident Lutz und unser neuer Landesvorsitzender Hans-Jürgen Kirstein wurden ebenfalls eingeladen und haben ihr Kommen

zugesagt. Anträge zur Tagesordnung werden bis zum 23. Juni 2017 schriftlich (auch per E-Mail) an die Bezirksgruppe erbeten.

**Peter Scherer,**  
Vorsitzender BG PP Stuttgart

# Seniorenstammtisch der GdP-Bezirksgruppe PP Stuttgart

Der Seniorenstammtisch der Bezirksgruppe PP Stuttgart trifft sich am Donnerstag, 29. Juni 2017, ab 14 Uhr auf dem Gelände des Ski-Club Weilimdorf Stuttgart-Weilimdorf, Schützenhausweg 35, Telefon 0 71 56/2 27 99 (Walter Burkart) zu einer Grill-

Hocketse. Das eigene Grillgut bitte mitbringen.

Was sonst noch benötigt wird, steht zur Verfügung. Salate und Kuchen sind gerne gesehen. Sollte das Wetter nicht gerade vorteilhaft sein, wäre das kein Problem.

Von der Haltestelle Landauer Straße (U6 und U13) sind es zum Ski-Club ca. 600 m.

Parkmöglichkeiten gibt es in der Kaiserslauterer Straße, gegenüber dem Ski-Club.

**W. B.**

## AUS DER MITGLIEDERVERWALTUNG

### Anschriftenänderung

Liebe GdP-Mitglieder,

seid ihr umgezogen und habt eine neue Wohnadresse?

Dann vergesst nicht, dies der GdP-Geschäftsstelle mitzuteilen, damit künftig die Zeitschrift „Deutsche Polizei“ und auch andere Post an eure neue Adresse gesendet werden kann.

Eine kurze Mail oder Fax genügt.

Sendet dies bitte:

per Mail an:

angelika.burckhardt@gdp-bw.de

oder

per Fax an:

0 70 42/8 79-1 02 07

oder

per Post an:

Gewerkschaft der Polizei-Mitgliederverwaltung,  
Maybachstr. 2, 71735 Eberdingen

## GEBURTSTAGSGRÜSSE

### Herzlichen Glückwunsch zum 90. Geburtstag!



Unser Landesvorsitzender Hans-Jürgen Kirstein hatte die Gelegenheit genutzt und unserem Mitglied Fritz Boneberger aus Isny (rechts im Bild) zum 90. Geburtstag gratuliert.



## Unterstützung für Polizistinnen und Polizisten

In der TV-Sendung „Mario Barth deckt auf“ am 5. April 2017 hat sich der CDU-Politiker Wolfgang Bosbach, MdB, in einem Beitrag mit dem Moderator und Komiker Mario Barth erneut öffentlich der Problematik der Einsatzkräfte (Feuerwehr, Rettungskräfte, Polizei) angenommen.

Herr Bosbach sprach die Überstundenproblematik wie auch die schlechte Bezahlung der Polizistinnen und Polizisten an und warb am Ende des Beitrags für mehr Verständnis und Unterstützung für die Polizei.

Spontan forderte er Mario Barth auf, seinen Bekanntheitsgrad dafür einzusetzen, dass man beispielsweise in der Bevölkerung von der Polizei spricht und nicht vom „Bullen“.

Herr Barth reagierte prompt und tat dies eindrucksvoll vor einem Millionen-Publikum.

Dafür habe ich Herrn Bosbach meinen persönlichen Dank ausgesprochen. Tatsächlich kam die Tage dann die Antwort auf mein Schreiben von Herrn Bosbach persönlich (per E-Mail).

## Schon gewusst?

Auf unserer Homepage der GdP Baden-Württemberg [www.gdp-bw.de](http://www.gdp-bw.de) findet Ihr unter dem Reiter „GdP-Service-GmbH BW“ die Homepage unserer Service GmbH. Hier könnt Ihr Euch einen Überblick verschaffen, auf welche kostengünstigen Angebote Ihr als GdP-Mitglieder zurückgreifen könnt. Folgt Ihr z. B. dem Link zur „HAD-Apotheke“, könnt Ihr 20% oder noch mehr auf Bestellungen von Medikamenten erhalten. Des Weiteren warten auf Euch Angebote für Sportnahrung, Fitnessgeräte, Reiseangebote und vieles mehr. Schaut doch einfach mal vorbei!



Wir haben eine neue Mitarbeiterin/Kollegin bei der GdP-Service-GmbH. Wir begrüßen Frau Jasmin Razmara-Hertler in unserer Mitte und wir freuen uns auf eine gute und angenehme Zusammenarbeit.

## POLIZEIBALL Rems-Murr-Kreis

Samstag, 10. Juni 2017 Bürgerzentrum Waiblingen, 20 Uhr  
Barbara-Künkelin-Halle, Künkelinstraße 33, 73614 Schorndorf  
Einlass 19 Uhr

**PROGRAMM:** Drum Stars (Die Percussion Show) \* Martin Stark & friends (Danceband) \* Michael Birkenfeld, (Moderation und Entertainment)

